

Kundmachung

der Gemeindevahlbehörde über das Ergebnis der Gemeinderatswahl 28.02.2021
gemäß § 86 Abs. 5 der Kärntner Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlordnung 2002,
LGBl. Nr. 32/2002 zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 80/2020

Bei der am 28.02.2021 stattgefunden Gemeinderatswahl wurden

- 1.104 Stimmen abgegeben
- 29 Stimmen waren ungültig

von den

- 1.075 gültig abgegebenen Stimmen haben erhalten:

Partei	Stimmen	Mandate
BÜRGERGEMEINSCHAFT ROSEGG (BGM)	538	8
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	361	5
Die Freiheitlichen in Rosegg (FPÖ)	90	1
Rosegger Liste Grüne/Rožeška lista Zeleni (RLG)	86	1

Anzahl der zu vergebenden Gemeinderatsmandate: 15

Es wurden folgende Wahlwerber zu Mitgliedern des Gemeinderates gewählt:

Partei	Mitglied des Gemeinderates					
BGM		RICHAU	Franz	1960	Polizist	Dolintschach
SPÖ		WALDHER	Michael	1983	DGKP, Angestellter	St. Lambrecht
BGM		SCHUSTER	Werner	1961	Werksmeister	St. Martin
SPÖ		BIERBAUMER	Werner	1966	Gastwirt	Berg
BGM		GRASCHITZ	Michael	1967	Konditor	Rosegg
BGM	Ing.	ZELLOT	Mario	1975	Techn. Angestellter	Berg
SPÖ	Mag. phil.	ZELENY	Martina	1968	Angestellte	Rosegg
BGM		KATTNIG	Anna	1955	Hausfrau, Bäuerin	Untergoritschach
SPÖ		KLEINBERGER	Theresia	1952	DGKP, Pensionistin	Frög
FPÖ		KLEINBERGER	Harald	1968	Fernmeldemonteur	FPÖ
BGM		SCHWARZ	Daniel	1979	Zollbeamter	Untergoritschach
RLG	Mag.	ORAŽE	Gottfried	1950	AHS-Lehrer i.R.	RLG
BGM		STEIGER	Sabine	1985	Hausfrau	Rosegg
SPÖ		ZENZ	Lukas	1998	Angestellter	Buchheim
BGM		MERTEL-KHABIR	Angelika	1964	Bankangestellte	Emmersdorf


Gemäß § 87 K-GBWO 2002 kann binnen einer Woche nach der Kundmachung des Wahlergebnisses in der Gemeinde (§ 86 Abs. 5) vom zustellungsbevollmächtigten Vertreter einer Partei, die in der Gemeinde einen Wahlvorschlag für die Wahl des Gemeinderates – bei der Wahl des Bürgermeisters für diese

Wahl – rechtzeitig vorgelegt hat (§ 40), wegen rechnungsmäßiger Unrichtigkeit der Ermittlung des Wahlergebnisses oder wegen Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens, das auf das Wahlergebnis von Einfluss sein konnte, bei der Gemeindewahlbehörde schriftlich Einspruch erhoben werden. In einem Einspruch ist hinreichend glaubhaft zu machen, warum und inwiefern eine rechnungsmäßige Unrichtigkeit der Ermittlung des Wahlergebnisses oder eine Rechtswidrigkeit des Wahlverfahrens angenommen wird. Einen solchen Einspruch kann auch der Wahlwerber erheben, der behauptet, dass ihm die Wählbarkeit im Wahlverfahren rechtswidrig aberkannt wurde.

Rosegg, 01.03.2021

Der Bürgermeister:



angeschlagen am 1.3.2021 

abgenommen am _____